

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.18. Änderungsantrag: Budgetierung ambulanter Versorgung

Einreicher*innen: Susanne Schaper, Nico Zimmermann

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Ergänzung vor Z. 1442: „Weiterhin muss das Herstellen von Barrierfreiheit...“:

Die Vergütung der Ärzt:innen, gleich in welchem Bereich, muss häufiger und regelmäßig angepasst werden. Nur so können sie ihren Praxisangestellten gute Arbeitsbedingungen ermöglichen und dem Fachkräftemangel auch in diesem Bereich entgegenwirken. Budgetierungen, die die Anzahl der behandelten Patient:innen oder die Art bzw. den Umfang der Behandlung einschränken, lehnen wir ab. Ein besonders krasses Beispiel ist die in Folge des 2022 beschlossenen „GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes“ erfolgte Budgetierung und damit Einschränkung der Parodontitis-Behandlung und Prophylaxe im zahnärztlichen Bereich. Ob eine Behandlung notwendig ist, muss die behandelnde Ärzt:in entscheiden, nicht die Kassenlage der Krankenkassen.

Begründung:

Die Gebührenordnungen in verschiedenen ambulanten Versorgungsbereichen wurden zum Teil seit Jahrzehnten nicht angepasst, trotz des Fortschritts in der medizinischen Versorgung, neuen, kostenintensiveren Behandlungsmethoden und allgemein gestiegenen Kosten in den Praxen. Budgetierungen von Seiten der Krankenkassen führen oftmals dazu, dass Ärzt:innen Patient:innen nicht behandeln können, weil sie ihr Budget bereits aufgebraucht haben oder dieses Behandlungsarten nicht abdeckt. Das macht in Zeiten des Ärzt:innenmangels, besonders im ländlichen Raum oder bei Fachärzt:innen keinen Sinn. Schlimmer: Es geht zu Lasten des Umfangs und der Qualität der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

Mit dem 2022 beschlossenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes hielt vor allem in der zahnmedizinischen Versorgung eine Budgetierung Einzug, die durch Finanzierungslücken bei den gesetzlichen Krankenkassen begründet ist. Auf Kosten der Behandlung und der Prophylaxe der Volkskrankheit Parodontitis werden somit Finanzlücken gestopft, die insbesondere durch die unzureichende Erstattung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung von ALGII-Bezieher:innen von Seiten des Bundes entstanden sind. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung hat die Kampagne „Zähne zeigen!“ initiiert, die online auch über weitere Hintergründe informiert: <https://www.zaehnezeigen.info/>

Entscheidung des Landesparteitages: